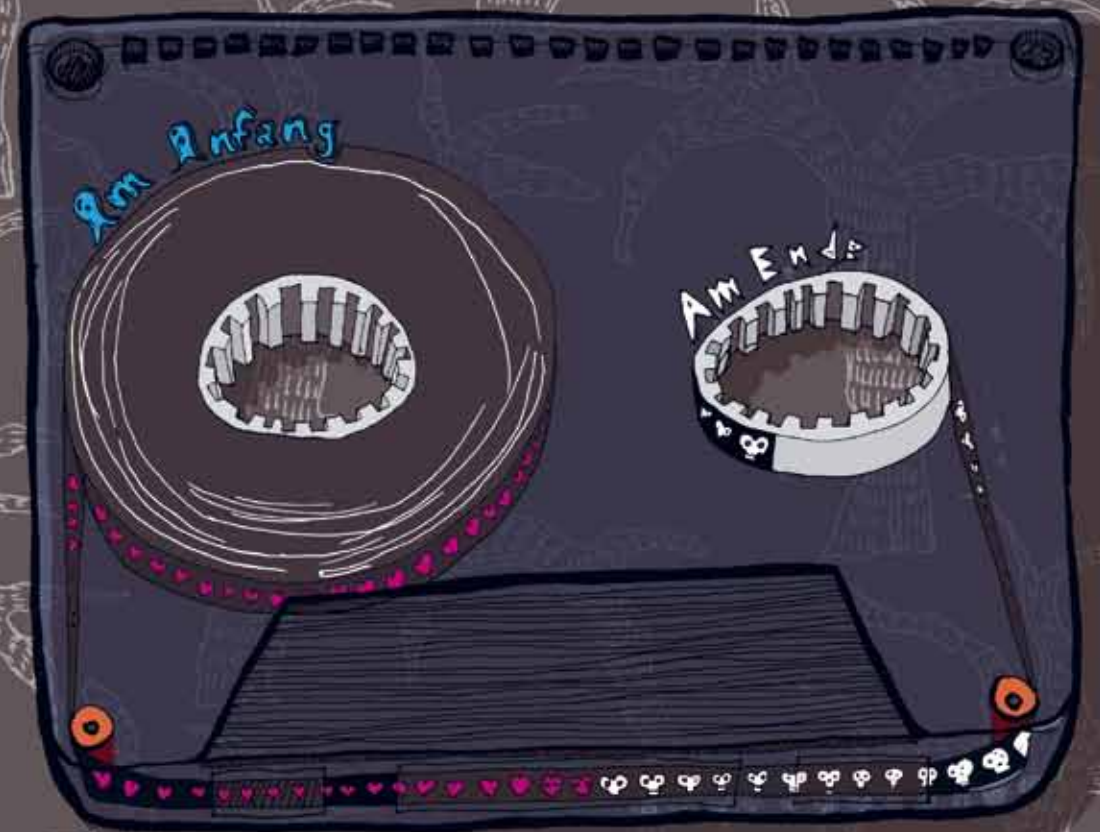


Nr. 28 Oktober 2009

hastuzeit

die hallische Studierendenschaftszeitschrift

Jetzt auch im Netz: www.hastuzeit.de



Hallo!

Lieber Leser,

wo bist Du gerade? Am Anfang eines neues Lebensabschnitts oder bereits am Ende Deiner Kräfte? Während der Blick aus dem Fenster allmählich an Kontur verliert und alle Farben zu einem tristen Grau verschwimmen, wird es drinnen ja schon fast wieder zu bunt. Hörsäle, in denen Professoren den staubtrockenen, aber klausurrelevanten Stoff predigen. Bibliotheken, in denen Studenten mit aller Macht versuchen, genau diesen Stoff in den Kopf zu bekommen. Wohnzimmer, die leer sind, in denen aber eigentlich der Semesterstart gefeiert werden müsste. Stattdessen Schreibtische, auf denen die To-do-Liste zwischen all den Aufgaben untergeht. Referate, Essays und 100 Seiten Pflichtlektüre – da kommt einiges auf uns zu. Hoffentlich wird das nicht zu viel. Wenn doch, hilft Dir vielleicht die Geschichte über das Leben mit Burn-out-Syndrom (S. 16). Unser Alltag besteht schließlich schon längst nicht mehr darin, nur Partys zu feiern und das süße Studentenleben zu genießen. Viele Studenten müssen jobben, zur Not auch im Call-Center (S. 18). Eine Alternative dazu sind die begehrten HiWi-Jobs. Nur, wie findet man die (S. 11)? Bei so viel Stress könnte man glatt vergessen, dass es die-

sen Monat etwas zu feiern gibt: Hunderte neue Gesichter werden die Stadt mit ihren Geschichten, Träumen und Zielen bereichern. Zwei Erstsemester haben uns deshalb von ihrem Anfang in Halle erzählt (S. 14). Sie sind voller Vorfreude und genauso optimistisch wie zwei junge Iraner, die wir zur Demokratiebewegung in ihrer Heimat befragt haben (S. 22). Außerdem informieren wir Dich über geplante Neuerungen im Hochschulgesetz (S. 8) und erklären, wer im Stura Dein Ansprechpartner ist (S. 6). Alle wichtigen Termine finden sich auf der neuen Pinnwand (S. 26) und auf der gelauchten Seite im Netz (www.hastuzeit.de). Diese ist übrigens Teil unseres neuen Konzepts: Wir wollen besser informieren, frische Themen bieten und die manchmal öden Vorlesungen unterhaltsamer machen. Dafür sind wir ständig auf der Suche und immer unterwegs und bedienen uns keiner platten Floskel, wenn wir behaupten: Jedes Ende ist auch Neuanfang.

In diesem Sinne,
viel Freude beim Lesen wünscht Dir die *hastuzeit*.

Text: Steffi Hentschke
Foto: Matthias Kretschmann



Neue Gesichter: Steffi Hentschke (l.) will gute Inhalte, Stefanie Sachsenröder (r.) eine perfekte Organisation. Zusammen bilden sie die neue Chefredaktion der *hastuzeit* und freuen sich auf ein Jahr Verantwortung.

Inhalt

4 Impressum, Neuigkeiten aus dem Stura

hastuUni

5 Schluss mit Lustig!?

Ein Kommentar zur Wahl der schwarz-gelben Bundesregierung. Von Steffi Hentschke

6 Neue Struktur, neue Leute...

Aktuelles aus dem Stura. Von Stefanie Sachsenröder

7 Kein Geld, keine Lehre, kein Studium

Finanzminister Bullerjahn will an der MLU 12 Millionen Euro einsparen. Von Tom Leonhardt

8 Kein Sommermärchen

Studierende und Uni kritisieren geplante Novelle des Hochschulgesetzes. Von Konrad Dieterich

10 Chancen

Arbeiten an der Uni: Wer darf und warum?
Den Überblick hat Julia Solinski

11 Allgemeine gesellschaftliche Fragen

Hintergründe zum (hochschul-)politischen Mandat von Konrad Dieterich

12 Gestern beten, heute büffeln

Wie wurde das Löwengebäude zu dem, was es ist?
Die Antwort hat Nicole Kirbach

hastuInteresse

13 Die Haut auf dem Markt

Eine gruselige Glosse von Julia Solinski

14 Ans Ende denken wir zuletzt

Hunderte Erstsemester beginnen ihr Studium in Halle. Zwei davon stellen sich vor.
Von Julia Kloschewitz und Sabine Paschke

16 Wenn der Kopf überkocht

Immer mehr Studenten leiden an Burn-out.
Und immer mehr lernen, damit umzugehen.
Ein Beispiel von Steffi Hentschke

18 Aufgelegt, oder was?

Call Center sind nicht gar so goldig wie mancher denkt, weiß Julia Solinski

20 »Das Sterben kann man nicht normieren«

Das Gesetz zur Patientenverfügung ist nicht so gut wie manche glauben, erklären Helena Bebert und Stephanie Schmidt

22 »Wir wollen keine Revolution – wir wollen Demokratie«

Zwei MLU-Studenten über die Entwicklung in ihrer Heimat Iran. Von Steffi Hentschke

24 Berufsqualifikation en masse?

Am Anfang steht die Hoffnung auf einen Abschluss. Am Ende bleibt der Bachelor. Und dann?
Von Tom Leonhardt

hastuPause

25 Von Elefanten und Liebe

Die hallische Band LiHanabi in einer Rezension von Tom Leonhardt

26 Pinnwand

Alles, was im nächsten Monat wichtig ist.

JOBs...

... auf Mittelalter-Märkten

Wir suchen ganzjährig - und zur Zeit speziell für unsere Weihnachtsmärkte - gut gelaunte Studenten mit Gesundheitszeugnis zum Verkauf von Speis und Trank. Die Beschäftigung erfolgt auf Pauschalbasis.

Kontakt: Heureka Marktgastronomie GmbH & Co. KG
Jörg Hiltmann | Telefon 0172.362 69 31 | jobs@heureka-gastro.de

... auf Schloss Neuenburg

in Freyburg/Unstrut
Gesucht werden Studenten mit Gesundheitszeugnis, die unser Restaurant-Service-Team an den Wochenenden unterstützen und auch in hektischen Momenten ihre Freundlichkeit bewahren.

Kontakt: Küchenmeisterei Schloss Neuenburg, Heureka Gastro GmbH
Shemsu Sultan | 0174.978 95 94 | jobs@heureka-gastro.de

Öffnungszeiten:

Montag
14:00 – 19:00 Uhr

Dienstag
14:00 – 18:00 Uhr

Mittwoch
08:00 – 12:00 Uhr
14:00 – 18:00 Uhr

Donnerstag
14:00 – 18:00 Uhr

Serviceleistungen des

StuRa:
Technikleihe
(Musikanlage, Beamer...)

Rechtsberatung
(donnerstags von 14:00
– 16:00 Uhr)

Jobvermittlung

Sozialberatung

Kinderinsel

Internationaler Studie-
rendenausweis (ISIC)



T. 0345 552 14 11
F. 0345 552 70 86
I. www.stura.uni-halle.de

Wieder mal war sie viel zu kurz, die vorlesungsfreie Zeit, in der man eigentlich so vieles machen wollte. Doch mit der ersten Vorlesung stellt man fest, dass man die ach so wichtige Hausarbeit immer noch nicht fertig hat. Und das heißt Nachschichten, denn mehr als zwei Wochen Aufschub bleibt in Zeiten von Bachelor und Master kaum noch vergönnt: Willkommen liebe Studierende im ersten Semester an der Uni, die Euch trotz hartnäckiger Gerüchte mit mehr Arbeit versorgen wird, als es dem einen oder anderen lieb ist.

Dennoch möchten wir Euch den Start an der Uni erst einmal versüßen und feiern das neue Semester nach Eurer feierlichen Immatrikulation mit einer dicken Party. Doch auch für die, die sich schon seit einigen Semestern an der MLU durch Seminare und Vorlesungen quälen, war der StuRa während der freien Zeit tätig. Zunächst haben wir in der letzten Sturasitzung im Sommersemester einen neuen Arbeitskreis „Bildungspolitik“ gegründet, der sich sogleich dafür stark machte, dass unsere Uni keine weiteren finanziellen Kürzungen des Landes hinnehmen muss. Bei zwei runden Tischen hatten nicht nur Mitglieder der Hochschule die Möglichkeit, ihren Standpunkt deutlich zu machen, sondern auch der Finanzminister Sachsen-Anhalts, Jens Bullerjahn, erklärte, warum er um weitere Einsparungen nicht herumkommen werde. Flankiert wurde die Veranstaltung von einem breiten medialen Interesse, das hoffen lässt, dass der Landtag die rigiden Sparvorschläge entschärfen wird.

Auch bei der Novellierung des Hochschulgesetzes hat der Studierendenrat versucht, seinen Einfluss im Sinne der Studierenden so gut wie möglich geltend zu machen. Schon im vergangenen Semester besuchte der Kultusminister den StuRa zu einem informellen Gespräch. Zahlreiche unserer Vorschläge fanden auch im Senat Anklang und wurden in dessen Positionspapier aufgenommen. Nun ist ein erster Entwurf vom Kabinett beschlossen worden, der demnächst im Parlament gelesen wird. Dann werden wiederum die betroffenen Interessengruppen angehört. Und natürlich hoffen auch wir beim Studierendenrat gehört zu werden, um zu verhindern, dass Gesetze so verändert werden, dass sie uns das Leben erschweren ...

Termine

12.10.2009 – 19:00 Uhr
Sitzung des Studierendenrats, Hallischer Saal, Universitätsplatz

14.10.2009 – 20:30
Selbstgedrehtes, studentisches Filmforum, Kino Zazie, Kleine Ulrichstraße 22

15.10.2009 – Feierliche Immatrikulation

15.10.2009 – 21:00 Uhr
die StuRa-Erstsemester-Party im Volkspark

26.10.2009 – 19:00 Uhr
Sitzung des Studierendenrats, Hallischer Saal, Universitätsplatz

27.10.2009 – Tag des Studentischen Engagements

31.10.2009 – Große Halloween-Party des Arbeitskreises Studieren mit Kind im Bürgercafé des Mehrgenerationenhauses Glaucha, Zwinggerstraße 14, 06110 Halle



Impressum

hastuzeit, die hallische Studierendenzeitschrift, wird herausgegeben von der Studierendenenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und erscheint in der Regel viermal im Semester während der Vorlesungszeit.

Chefredaktion: Steffi Hentschke (V. i. S. d. P.), Stefanie Sachsenröder

Redaktion: Konrad Dieterich, Robert Dobslaw, Julia Glathe, Daniela Heimpel, Susanne Johne, Nicole Kirbach, Julia Kloschkewitz, Julius Lukas, Tom Leonhardt, Janika Lippold, Sabine Paschke, Martin Schreiber, Julia Solinski

freie Mitarbeit: Helena Bebert, Stephanie Schmidt

Layout: Alexander Berthold, Robert Dobslaw, Martin Schreiber, Tom Leonhardt

Illustrationen: Ines Brands, Anka Büchler, Mia Ewald, Markus Färber, Hanne Kujath, Rita Velasquez

Titelbild: Falko Gerlinghoff

Lektorat: Konrad Dieterich, Julia Kloschkewitz, Stefanie Sachsenröder

Anschrift: *hastuzeit*, c/o Studierendenrat der MLU, Universitätsplatz 7, 06108 Halle

E-Mail: hastuzeit@yahoo.de

Website: www.hastuzeit.de

Druck: Mansfeld-Druck Ltd., Zabenstedter Str. 42, 06347 Gerbstedt

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf Recyclingpapier.

Auflage: 4000 Stück

Redaktionsschluss: 29. September 2009
hastuzeit versteht sich als Mitmachmedium.

Über Leserbriefe, Anregungen und Beiträge freuen wir uns sehr. Bei Leserbriefen behalten wir uns sinnwählende Kürzungen vor. Anonyme Einsendungen werden nicht ernst genommen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt *hastuzeit* keine Haftung. Neue Mitglieder sind der Redaktion herzlich willkommen. Sitzungen finden in der Regel mittwochs um 20.00 Uhr im Gebäude des StuRa (Anschrift siehe oben) statt und sind öffentlich. Während der vorlesungsfreien Zeit finden die Sitzungen unregelmäßig statt.

Schluss mit lustig!?

Ein Kommentar zur Wahl der schwarz-gelben Bundesregierung.

Am Anfang hat es ja noch Spaß gemacht. Gefakte Wahlspos, in denen Frau Merkel zugibt, in den nächsten Jahren nicht mehr tun zu wollen als weiterhin still auf ihrem Thron zu sitzen. Witze, die Herrn Westerwelle als machthungrigen Freizeitpolitiker entlarven. Und Flashmobs, bei denen die junge Generation ihr aufrichtiges Interesse am politischen Geschehen verkündet. »Und alle so: Yeah! Wachstum!« Doch nun ist Schluss damit. Von einer »Ära der Kälte« ist gar die Rede. Die Sozialabgaben werden erhöht, der Zugang zur privaten Krankenversicherung erleichtert, und die Pendlerpauschale wird wie die Rentengarantie abgeschafft. Zum Glück sind wir noch Studenten. Denn die Kürzungen treffen vor allem Geringverdiener, und uns finanzieren ja die Eltern oder das BAföG-Amt. Privat krankenversichern wollen wir uns auch nicht, wozu auch? Wir fahren viel Fahrrad (brauchen damit keine Pendlerpauschale), und überhaupt sind wir noch jung (was

schert uns diese Rentengarantie?). Was wir brauchen, sind mehr Freiheiten im Netz und ein Grundgesetz, das uns vor dem Staat schützt. Und nicht umgekehrt. Genau das – immerhin! – will die FDP versuchen zu erreichen. Dafür aber wollen sie die Laufzeit der AKWs verlängern, aber eine Demokratie lebt nun mal von Kompromissen. Auch die Frage der Studiengebühren wird sich für uns nicht stellen: Wir studieren in Sachsen-Anhalt, und dank der Föderalismusreform bleibt Bildung wohl auf ewig Ländersache. Alles in Allem sieht sie doch gar nicht so schlecht aus, diese Biene-Maja-Koalition. Und wenn der baldige Außenminister Westerwelle weiterhin mit frechen Sprüchen glänzt (» Wir sind hier in Deutschland, hier sprechen wir Deutsch!«), dann haben wir auch die nächsten vier Jahre viel zu lachen.

Text: Steffi Hentschke
Foto: Marc Ehrich



Das Sprecherkollegium bei der Arbeit (v.l.n.r.): Jonas Dabelow, Stefanie Wiesel, Martin Hoffmann, Ulschan Scheler und Michael Seifert

Neue Strukturen, neue Leute ... alte Denkweisen beim Stura?

Der Stura hat sich neu konstituiert. Ein Ausblick

Die Tage werden wieder kürzer, grauer, nasser. Doch je kälter es draußen wird, desto »wärmer« wird es auf dem Campus: Mehr und mehr Studierende bevölkern die Mensen, versammeln sich in Bibliotheken, und bald erwachen auch die Hörsäle zu neuem Leben. Mitte Oktober findet schließlich die erste Stura-Sitzung im neuen Semester statt – mit neuen Vertretern, die neu strukturiert neue Projekte in Angriff nehmen. Ein verträumt-romantischer, ja fast verklärter Blick?

Michael Seifert wirkt etwas erschöpft. Eigentlich kein Wunder, wenn man – wie er – die schönsten Tage des Jahres über Anträgen statt im Freibad zubringt. Michael ist Vorsitzender des Sprecherkollegiums im Stura und hatte in den Semesterferien neben Hausarbeiten und Klausuren vor allem eines im Kopf: Wie geht es im Wintersemester mit dem neuen Stura weiter? »Imageverbesserung, Förderung studentischen Engagements, Optimierung der hochschulpolitischen Arbeit«, zählt er auf. In Gedanken an die letzte zehrende, schier unendlich lange Stura-Sitzung des Sommersemesters 2009 ziehen die Schlagworte vorbei, nur eine Frage bleibt im Kopf hängen: »Werden denn auch die Sitzungen in Zukunft anders ablaufen?«

– für manch einen ein entscheidendes Kriterium, wenn es um das Image des Stura geht. Wenn es nach ihm ginge, sagt Michael, könnten die Sitzungen vor allem entschlackt werden, indem die Diskussionen auf wesentliche Sachverhalte fokussiert werden.

Das Arbeitsklima habe sich jedenfalls schon gebessert: Die Kommunikation liefere reibungsloser, das Engagement insgesamt sei größer. Einen Grund dafür sieht Michael in der neuen Sprecherstruktur: Es gibt jetzt insgesamt zehn Sprecher, die Hälfte davon bildet das Sprecherkollegium. »Obwohl natürlich mit weniger Ämtern mehr Arbeit auf die einzelnen zukommt, ist die Koordination gemeinsamer Termine leichter. So konnten sich die Sprecher der verschiedenen Ressorts während der Ferien problemlos regelmäßig treffen.« Scheint die Gleichung also aufzugehen: neue Strukturen + neue Leute = neue Denkweise im Stura, denn insgesamt klingt es gut, was Michael da erzählt. Ob allerdings seine euphorischen Worte eine Folge des romantischen Herbstwetters sind oder ob sich in der laufenden Legislaturperiode wirklich etwas ändert, wird sich erst noch zeigen.

Text und Foto: Stefanie Sachsenröder

Kein Geld, keine Lehre, kein Studium

Der AK Bildungspolitik hat einen Runden Tisch organisiert, um Politiker und Interessierte über die finanzielle Lage der Universität zu informieren.

Was haben die folgenden Länder mit Deutschland gemeinsam: Türkei, Tschechien und Irland? Sie geben alle, gemessen an ihrem BIP, unterdurchschnittlich wenig Geld für Bildung aus. Das hat eine neue OECD-Studie im September ergeben. Also müsste man eigentlich mehr Geld für Bildung ausgeben, um international nicht den Anschluss zu verlieren. »Die Universitäten haben kein Recht, von Kürzungen verschont zu bleiben«, so Finanzminister Bullerjahn am 9. September im Gespräch mit insgesamt über 200 Studierenden und Mitarbeitern der MLU.

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Die Gesprächsrunde im September war dazu da, gemeinsam mit Vertretern des Landes Sachsen-Anhalt über die derzeitige finanzielle Lage der Universität zu diskutieren. Dazu hatte man Finanzminister Jens Bullerjahn und Thomas Neumann vom Kultusministerium eingeladen. Der geplante Landeshaushalt 2010/2011 sieht für die Uni Halle Kürzungen im Rahmen von zwölf Millionen Euro vor. Jede einzuspargende Million würde die Uni circa 20 Stellen kosten, so Martin Hecht, Kanzler der MLU. Der Arbeitskreis (AK) Bildungspolitik, ein neuer AK des Stura, fordert in seinem Thesenpapier zwölf Millionen Euro »zusätzlich« für die MLU. Das Geld benötige man aber nicht für Neuananschaffungen, sondern dazu, um das derzeitige Niveau der Lehre aufrechtzuerhalten. Prorektor Bernd Six hatte von »Existenzsicherung der Universität« gesprochen. Die Organisatoren hatten sich intensiv auf die Debatte mit dem Finanzminister vorbereitet. Dass man seine Uni an einem Abend retten könne, daran hat niemand geglaubt. »Es geht nicht, dass Herr Bullerjahn kurz in sein Notizbuch schaut und sagt: Oh, da habe ich ja noch ein paar Millionen«, so Michael Seifert vom Stura. Ziel der Veranstaltung war es also nicht, konkrete Alternativen zu finden, sondern den Landespolitikern anschaulich darzustellen, was passieren wird, wenn sie nicht zur Raison kommen.



»Die Universitäten haben kein Recht, von Kürzungen verschont zu bleiben«, findet Jens Bullerjahn (rechts im Bild).

Die Sache mit der Prioritätengesellschaft

Bullerjahn machte von Anfang an klar: »Die Hochschulen haben kein Recht, von Kürzungen verschont zu bleiben.« Außerdem verstehe er nicht, wie man bisher von Kürzungen sprechen könne. Die Universitäten wären beim Kabinettsbeschluss bisher immer angeblich relativ gut weg gekommen. Darauf reagierte Bernd Six kritisch – er sei nun schon seit Jahren an der Universität, und es sei bisher nur gespart worden. Der Finanzminister betonte immer wieder, dass wir in einer Prioritätengesellschaft leben würden, in der es gelte, Schwerpunkte zu setzen. Demnach gäbe es noch viele andere Bereiche, wie den Bereich der Sozialausgaben, in denen sich die Vertreter ebenso stark dafür einsetzen würden, von Kürzungen verschont zu bleiben. Er forderte den »Mut der Universitäten«, konkret zu sagen, »wo man den Rotstift ansetzen solle«. Neue Schulden seien nämlich keine mögliche Alternative.

Unterm Strich – der Standort Halle

Nach einiger Zeit kam das Thema »Input vs. Output« zur Sprache. Der Finanzminister forderte, dass sich Investitionen in die Bildung mehr lohnen müssten. Die Absolventenquote sei viel zu gering, man müsse eine neue Qualitätsdiskussion mit den Universitäten führen. Dann könne man darüber sprechen, weitere Ausgaben für die Bildung zu planen. Leider hatte er nicht erklärt, wie diese neue Qualitätsdiskussion stattfinden soll. Rainer Herter vom Personalrat der MLU legte dem Finanzminister in einer Berechnung eindrucksvoll dar, weshalb sich die über 50.000 Studierenden und alle Mitarbeiter an den Universitäten des Landes doch rentieren würden: »Zusammengerechnet sorgen wir alle im Jahr für einen Umsatz von über 200 Millionen Euro.« Dabei würde einiges an Steuergeldern für das Land abfallen. »Das Ziel, unsere Probleme an die Politiker weiterzutragen, haben wir erreicht«, resümiert Michael. Jetzt bleibt es nur noch zu hoffen, dass sie auch darauf reagieren.

Text: Tom Leonhardt

Foto: Enrico Seppelt

• Weitere Informationen unter:
www.bshalle.blogspot.de und www.stura.uni-halle.de

Kein Sommermärchen

Studierendenschaft und Uni kritisieren geplante Novelle des Hochschulgesetzes

Wenn das Kultusministerium Änderungen an den Hochschulen plant, gibt es dies gerne zur vorlesungsfreien Zeit in den Sommermonaten bekannt. Mitte Juli bekamen die Uni und die Studierendenschaft einen Entwurf zur Änderung des Hochschulgesetzes zugesandt. Auf 14 Seiten werden Streichungen, Änderungen und Ergänzungen einzelner Wörter, längerer Textpassagen und eines ganzen Paragraphen aufgelistet. Doch auch wenn Stura und Senat in der Semesterpause nur eingeschränkt arbeitsfähig sind, äußerten sie in ihren Stellungnahmen heftige Kritik. *hastuzeit* stellt einige der umstrittenen Änderungen vor.

Ordnungsrecht gegen »unbequeme« Studierende?

In Zukunft sollen die Hochschulen die Immatrikulation verweigern können, wenn »Gründe in der Person oder im Verhalten« einem ordnungsgemäßen Studium entgegenstehen. Auf derselben Grundlage können sie Studierende auch exmatrikulieren. Laut Ministerium sehen die Hochschulen selbst Bedarf für »Sanktionen bei grobem und gefährlichem Fehlverhalten«. Dagegen hält der Senat der Uni Halle die Regelung für rechtlich problematisch und zudem unnötig: Mit der Hausordnung verfüge die Universität über eine ausreichende Handhabe gegen Störer. Der Studierendenrat wittert in der Neuordnung einen Verstoß gegen die Grundrechte auf Meinungsfreiheit und freie Wahl von Ausbildungsstätte und Beruf. Er nimmt an, dass mit der Möglichkeit der Exmatrikulation »politische und gesellschaftliche Auffassungen von der Institution Hochschule ferngehalten werden soll[en]. Die Hochschule ist aber der Ort der Wissenschaft und somit unweigerlich des Diskurses, auch des politischen.«

Einschränkung des hochschulpolitischen Mandats

Ebenso heftig stößt der Studierendenschaft die folgende Änderung auf: »§ 65 Abs. 1 Satz 8 bis 11 werden aufgehoben.« Damit ist eine Textpassage gemeint, die es der Studierendenschaft und ihren Medien (wie z. B. der *hastuzeit*) ausdrücklich erlaubt, zu Fragen im Spannungsfeld von Wissenschaft und Gesellschaft Stellung zu beziehen. Die Bestimmungen wurden wörtlich aus einer Fassung des Hochschulrahmengesetzes übernommen, die 2005

vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt wurde. Das Ministerium hält den Abschnitt nun für nicht mehr notwendig und außerdem für »verfassungsrechtlich problematisch«. Das sehen Stura und Senat ganz anders. Im BVG-Urteil sei es um die Kompetenzen des Bundes in Bildungsfragen gegangen, nicht um den Inhalt der Bestimmungen. Das Obergericht des Landes habe 2006 festgestellt, dass das hochschulpolitische Mandat nicht zu beanstanden sei. Sowohl Stura als auch Senat fordern, die aktuelle Regelung beizubehalten, die für Rechtssicherheit Sorge. (siehe auch den Artikel auf S. 10)

Master-Zulassung

In Zukunft werden auch Berufsakademie-Abschlüsse anerkannt, ansonsten sind keine gesetzlichen Änderungen an den Voraussetzungen zum Masterstudium vorgesehen. Der Senat fordert dagegen flexiblere Regelungen zur vorläufigen Zulassung. Bisher bestehe die Gefahr, dass Studierende ein Jahr warten müssten, nur weil sie ihr Bachelorzeugnis nicht rechtzeitig in Händen hielten.

Der Studierendenrat will außerdem zusätzliche Zulassungsvoraussetzungen bei konsekutiven Masterstudiengängen untersagen. Der Nachweis der Fähigkeiten sei durch das absolvierte Bachelor-Studium hinreichend erbracht. Weiterhin will der Stura den ersten postgradualen Master grundsätzlich gebührenfrei halten, unabhängig davon, ob dazu ein konsekutiver Bachelor existiert. Und schließlich fordert er eine Garantie für alle Bachelor-Studierenden im Land, dass sie

nach ihrem Abschluss ein Masterstudium aufnehmen können.

Zugangsbeschränkung von Lehrveranstaltungen

Ein neuer Absatz in § 9 regelt, dass ein Fachbereich das Recht zur Teilnahme an Lehrveranstaltungen beschränken kann. Der Studierendenrat will, dass dies nur »in begründeten Einzelfällen« geschehen darf. Fehlende Sach- und Lehrkapazitäten dürften nicht als Begründung herhalten; finanzpolitische Probleme dürften unter keinen Umständen auf Kosten der Studierendenschaft bewältigt werden. Darüber hinaus sollen die Interessen der Magister- und Diplomstudierenden geschützt werden.

Machtverhältnisse Senat/Rektorat

Der Entwurf sieht vor, dass in Zukunft das Rektorat entscheidet, ob eine frei gewordene Professorenstelle wiederbesetzt wird oder nicht, oder ob sie in Beschreibung und Aufgabenbereich verändert wird. Bisher ist dafür der Senat zuständig, der auch will, dass das im Sinne der demokratischen Legitimation weiterhin so bleibt. Der Studierendenrat kritisiert den geplanten Demokratieabbau mit deutlich schärferen Worten und fordert, dass in Zukunft auch die studentische Vertretung des Fakultätsbereichs angehört werden soll.

Universitätsdozenten

Eine neue Gruppe von Hochschulpersonal, die »Universitätsdozenten und Universitätsdozentinnen«, soll vor allem in der Lehre tätig werden und dabei auch den erhöhten Betreuungsaufwand für die Bachelor-/Master-Studiengänge abdecken. In ihrem Status sind sie den Professoren gleichgestellt, werden aber nicht verbeamtet und können auch nicht zum Dekan oder Rektor gewählt werden.

Der Senat hält eine neue Personalkategorie mit Schwerpunkt Lehre zwar für notwendig, lehnt aber den Gesetzentwurf ab. Die Stellen seien finanziell

wenig attraktiv und brächten mit 18 Semesterwochenstunden eine zu hohe Lehrverpflichtung mit sich. Die Qualität der Lehre werde auch nicht verbessert: Nach geltendem Kapazitätsrecht müssen dann entsprechend mehr Studierende zugelassen werden, so dass sich am Betreuungsverhältnis nichts ändert. »Eine Lösung kann nur durch eine Reform des Kapazitätsrechts herbeigeführt werden.« meint der Senat.

Weiterbildungsangebote

Aus § 9 werden die Verpflichtung der Hochschulen, Weiterbildungsangebote anzubieten, sowie die Möglichkeit, postgraduale Studiengänge anzubieten, gestrichen. Das Ministerium begründet dies mit »Entbürokratisierung und Stärkung der Autonomie der Hochschulen«. Der Senat legt aber großen Wert darauf, dass die postgradualen Studiengänge gesetzlich verankert bleiben, weil sie wichtig für das internationale Renommee der Hochschulen seien. Der Stura findet Weiterbildungsangebote für den Wissenschaftsstandort Sachsen-Anhalt ebenfalls wichtig und befürchtet, dass diese weggespart werden könnten, wenn die gesetzliche Grundlage fehlt.

Langzeitstudiengebühren

Der Entwurf benennt nun Regelfälle, in denen eine »unbillige Härte« zu einem Gebührenerlass führen kann: Leistungssportler, bedeutende Musiker oder Künstler können diese ebenso geltend machen wie Behinderte, Erkrankte, Opfer von Straftaten oder Studierende, die sich kurz vor den Abschlussprüfungen in einer wirtschaftlichen Notlage befinden. Der Senat findet die zusätzliche Erwähnung einer »unzumutbare[n] Härte« redundant und möchte diese streichen. Außerdem schlägt er vor, explizit auch die Studienzeiten an Berufsakademien bei der Berechnung der Semesterzahl zu berücksichtigen – aus Gründen der Gleichbehandlung.

Der Studierendenrat hingegen fordert die Streichung des gesamten Paragraphen zu Langzeitstudiengebühren. Er argumentiert, dass Langzeitstudierende durch die Teilnahme an ohnehin angebotenen Seminaren keine zusätzlichen Kosten verursachen. Gasthörer nähmen denselben Platz in Veranstaltungen weg, zahlten aber deutlich weniger. Die Einnahmen aus den Langzeitgebühren kämen auch nicht unmittelbar dem Haushalt der Universität zugute. Schließlich bezweifelt der Stura auch die erzieherische Wirkung der Gebühren. Stattdessen müssten Betroffene vermehrt Geld verdienen und könnten diese Zeit dann nicht in ihr Studium investieren.

Text: Konrad Dieterich
Illustration: Ines Brands

• Weitere Informationen zum Thema:
www.hastuzeit.de

Chancen

Arbeiten an der Uni: Für viele Studenten ein Traum, für die meisten undurchschaubar. Wer darf und warum? Ein Überblick.

Wenn Studenten auf Arbeitssuche gehen müssen, denken sie an alles Mögliche, aber nicht an die Uni. Die meisten kennen sie als Wissens-, nicht als Arbeitgeber. Dabei wollen doch Computerräume beaufsichtigt und Bibliotheken geordnet sein. Professoren und Dozenten brauchen Helfer, die ihnen zuarbeiten. Die Martin-Luther-Universität kommt insgesamt auf über 1300 studentische Beschäftigte. Eine bedeutende Zahl. Nur: Wo findet man diese Stellen? Auf den Internetseiten der Uni? Im Career Center? Nein, es ist alles ganz anders. Man wird gefunden.

Der so genannte Grundsatz der Freiheit in Lehre und Forschung garantiert, dass jeder Professor selbst entscheiden kann, wozu er Mittel der Uni anfordert – um einen neuen Computer zu kaufen oder um eine studentische Hilfskraft (HiWi) einzustellen. Die Freiheit geht so weit, dass ein Professor jeden einstellen kann, der ihm gerade passt. Dazu muss die Stelle meist nicht ausgeschrieben werden. Es genügt, einfach die passende Person zu fragen. »Logisch ist das nicht«, findet Renate Federle. Sie muss es wissen. Als Vorsitzende des Personalsrates ist sie bestens mit den Rechten und Pflichten aller an der Uni Beschäftigten vertraut. Sie engagiert sich in der *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft*, kurz GEW. Auch ohne das zu wissen, merkt man es im Gespräch schnell. »Eine öffentliche Stelle müsste allen zugänglich sein.« Denn das sind sie, die HiWi-Jobs: Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Allerdings solche ohne Tarifvertrag. In Halle hat das Rektorat totale Entscheidungsgewalt. »Wir haben da kaum Einflussmöglichkeiten«, gesteht Frau Federle – auch wenn es für die wissenschaftlichen Hilfskräfte keinen Tarifvertrag gibt.

Den Studenten der MLU jedoch scheint das ganz recht zu sein. Bei all den derzeit drohenden Kürzungen darf sich jeder privilegiert fühlen, der Arbeit hat. Über das Glücksgefühl des Arbeitendürfens werden Fragen der Chancengleichheit vergessen. Als im vergangenen Semester eine Veranstaltung zum Thema »Arbeitsrecht der HiWis« stattfand, gab es elf Zuhörer. Im Personalrat resigniert man darüber. »Solange die Studenten uns, also dem Personalrat, nichts signalisieren, können und werden wir nicht handeln.« Von ihnen hängt es ab.

Ein Tarifvertrag würde bedeuten, dass für alle die gleichen Konzessionen gelten. Das Ausschreiben aller Stellen kann Vorteile, aber auch Nachteile bringen. Immerhin



wären die Professoren dann in ihrer Freiheit beschnitten. Es würde alles bürokratischer ablaufen, mit Ausschreibungen, Bewerbungen und Vorstellungsgesprächen. Wer schlecht arbeitet, würde eben soviel bekommen wie sein schuftender Kollege. »Gleichmacherei« wäre das Stichwort. Aber immerhin ist die MLU mit 17000 Studierenden kein Kleinbetrieb. Welcher Professor kennt schon alle seine Studenten so gut, dass er die Bestqualifizierten allein heraus filtern könnte? Der einzelne würde einen stärkeren Standpunkt gegenüber seinem Arbeitgeber Uni bekommen. Viele würden so überhaupt erst die Chance auf diesen Arbeitgeber erhalten.

Text: Julia Solinski
Illustration: Hanne Kujath

Allgemeine gesellschaftliche Fragen

Zum Hintergrund des (hochschul-)politischen Mandats

Die Debatte ist so alt wie die rechtlich geregelte (»verfasste«) Studentenschaft selbst: Zu welchen Themen darf sich eine institutionalisierte allgemeine studentische Interessenvertretung äußern? 1920 erklärte der preußische Staatssekretär Carl Heinrich Becker, der an der ersten Studentenschaftsverordnung mitgearbeitet hatte: »Jedenfalls will kein Mensch dem Studenten seine politische Meinungsäußerung verbieten, nur besitzt der künftige Vorstand der Studentenschaft kein Mandat seiner Wähler im politischen Tageskampf.« Zugleich glaubte er jedoch nicht, »dass es eine Formel gibt, die die Grenzen der politischen Kompetenz der Organe der Studentenschaft restlos befriedigend umreißt. [...] Ohne Vertrauen auf den Takt und das akademische Bewusstsein der Studentenschaft ist die ganze geplante Verfassung hinfällig.«

Die Praxis sah häufig anders aus: Zeigten sich die Studentenschaften in den 1920ern stramm republikfeindlich und nationalistisch-rassistisch, äußerten sich die westdeutschen Allgemeinen Studentenausschüsse (AStA) der 1950er-Jahre eher zurückhaltend und im Sinne der öffentlichen Mehrheitsmeinung. Ende der 1960er wurden sie zum Sprachrohr der linksgerichteten Studentenbewegung.

In Klagewellen einzelner Studenten gegen zumeist links dominierte AStA in der Bundesrepublik hat sich seitdem eine Rechtsprechung verfestigt, nach der die verfassten Studierendenschaften kein Mandat haben, sich »allgemeinpolitisch« zu äußern. Begründet wird dies mit der Pflichtmitgliedschaft aller Studierenden und mit der rechtlichen Verankerung der verfassten Studierendenschaften als Teilkörperschaften der Hochschulen.

Doch sind nicht die akademische Bildung und Forschung selbst mit gesellschaftlichen und politisch relevanten Themen befasst, von der Geschichtsschreibung bis zur Wirtschaftsordnung, von der Medizinethik bis zur Biotechnologie? Das aktuelle Landeshochschulgesetz folgt der Auffassung, dass es illusorisch wäre, zwischen Hochschule und Gesellschaft eine klare Trennlinie ziehen zu wollen. Es erlaubt keine beliebigen politischen Äußerungen, sondern hat die Grenzen des hochschulpolitischen Mandats etwas ausgeweitet und bietet damit eine gewisse Rechtssicherheit, die nach Plänen des Kultusministeriums so nicht mehr bestehen soll.

Muss der Stura künftig verstummen, wenn er vom Finanzminister gefragt wird, wo denn das Geld für eine ausfinanzierte Hochschulbildung herkommen soll? Darf er noch die Amnesty-Hochschulgruppe unterstützen? Gehört ein Marxismus-Seminar oder ein Vortrag zu schwulenfeindlichen Tendenzen im Hip-Hop zu den Aufgaben der Studierendenschaft? Darf der Stura zu einer Demonstration aufrufen, die allgemeine Forderungen zur Bildungspolitik und nicht nur speziell zur Hochschulpolitik erhebt?

Diese Fragen werden womöglich bald nicht mehr im Studierendenrat und den Fachschaftsräten diskutiert, sondern von Verwaltungsgerichten entschieden. Auch die *zzzhastuzeit* als Medium der Studierendenschaft wird sich genau überlegen müssen, worüber sie noch schreiben darf – falls das Kultusministerium die geplanten Einschränkungen durch den Landtag bringt.

Text: Konrad Dieterich

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Studierendenschaft insbesondere auch zu solchen Fragen Stellung beziehen, die sich mit der gesellschaftlichen Aufgabenstellung der Hochschulen sowie mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft und die Natur beschäftigen. Die Studierenden und ihre Organe können für die Erfüllung ihrer Aufgaben Medien aller Art nutzen und in diesen Medien auch die Diskussion und Veröffentlichung zu allgemeinen gesellschaftlichen Fragen ermöglichen. Umfang und Kosten der Mediennutzung zu allgemeinen gesellschaftlichen Fragen müssen in einem angemessenen Verhältnis zu Umfang und Kosten aller Aufgaben der Studierendenschaft stehen. Eine überwiegende Nutzung zu allgemeinen gesellschaftlichen Fragen ist unzulässig.

Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt, § 65 Satz 8 bis 11

Gestern beten, heute büffeln

Unsere Lehrgebäude haben alle eine Geschichte. Nicole Kirbach hat die Archive durchforstet und stellt in einer neuen Reihe ihre Recherche-Ergebnisse vor.

Teil 1: Das Löwengebäude

Um 1224 ließen Franziskaner an der Stadtmauer einen weitläufigen Klosterkomplex rings um den heutigen Campus errichten. Doch während der Reformation ging das Kloster unter, die letzten Mönche mussten 1564 die Stadt verlassen. Die leerstehenden Gebäude samt Gotteshaus mussten vom Rat der Stadt auf Befehl des Magdeburger Landesherren, des Erzbischofs Sigismund, übernommen werden und sollten als höhere Schule genutzt werden. Das lutherische Stadtgymnasium entwickelte sich zu einer angesehenen Erziehungs- und Bildungsanstalt. Doch wurde es 1808 mit der Latina der Franckeschen Stiftungen zusammengelegt, und so verfielen die Gebäude des Klosters und wurden bis auf die Kirche abgebrochen. Johann Christian Reil, Mediziner, Professor und Stadtphysikus, richtete darin ein Theater ein. Die Spielstätte wurde 1811 mit Lessings »Emilia Galotti« eröffnet. Unter der Leitung Goethes gastierte hier auch das Weimarer Hoftheater. Nach fast 17 Jahren wurde das Theater geschlossen. Die Universität kaufte das Areal, um dort das Hauptgebäude errichten zu können, und ließ die Kirche abreißen.

August Hermann Niemeyer, damaliger Kanzler der Universität Halle, war für die Zusammenlegung der Universitäten Halle und Wittenberg verantwortlich. Aufgrund des Anstiegs der Studierendenzahlen bat er um ein neues Hauptgebäude. Doch der damalige preußische König Friedrich Wilhelm III. hatte zunächst kein Geld. Daher spendete Niemeyer 50 000 Taler. Der König bewilligte kurze Zeit später zunächst 40 000 und dann weitere 24 300 Taler. Die Inschrift unter dem Kranzsimms weist auf den Hauptstifter des Gebäudes, den König, hin. Der Standort für das Hauptgebäude war lange Zeit umstritten. Zunächst wurde ein Plan entworfen, der die Moritzburg als Standort vorsah und zugleich eine Rettung der Ruinen beinhaltete. Doch wegen finanzieller und räumlicher Bedenken wurde das Projekt wieder verworfen. Da die Kirche auf dem spä-



Vor dem Löwengebäude wurde im Zweiten Weltkrieg ein Luftschutzbunker errichtet.

teren Universitätsplatz bereits als Universitätskirche genutzt wurde, entschied man sich für dieses Areal.

Das Gebäude wurde von 1832 bis 1834 nach den Plänen der Architekten Ernst Friedrich Zwirner, dem späteren Kölner Dombaumeister, und Wilhelm Heinrich Matthias errichtet. Das heutige Löwengebäude bildet nach den ursprünglichen Plänen nur den Mitteltrakt. Denn auf die geplanten Seitenflügel musste wegen Geldmangels verzichtet werden. Das Baumaterial wurde teurer, und auch der Abriss des Klosters kostete mehr als geplant. Dies löste im Volk Kritik aus, und das Gebäude wurde aufgrund seiner Form als »Kaffeemühle« bezeichnet. Und auch im Inneren gab es wegen des fehlenden Geldes nur eine dürftige Ausstattung. Farblich war es nur ausgetüncht, und in den Nischen gab es keine Büsten, sondern nur Gipsabdrücke.

In dem Gebäude befanden sich damals die zoologischen Sammlungen, die Aula und einige Seminarräume. Zur 50-Jahr-Feier sollten die Seitenflügel dann doch errichtet werden, da die Verwaltung keinen Platz fand. Doch dazu kam es nicht, und so wurde 1872 das Rektoratsgebäude erbaut. Im selben Jahr wurde die Aula im pompejanischen Stil mit Freskoszenen aus der Ilias und Odyssee ausgestaltet.

Kurz nach der Errichtung des Hauptgebäudes erhielt der Platz eine erste kleine Freitreppe. Diese wurde im Laufe der Zeit immer wieder erweitert und umgebaut. 1941 wurde sie abgerissen, weil dort ein Luftschutzbunker entstand. Die heutige Freitreppe wurde anlässlich der 500-Jahr-Feier der MLU errichtet. Die Löwenplastiken auf den Wangen der Treppe wurden vom Berliner Bildhauer Johann Gottfried Schadow geschaffen und waren ein Geschenk des Magistrats der Stadt. Sie zierten bis 1868 den Brunnen des Marktes, der damals abgebrochen wurde.

Text: Nicole Kirbach

Foto: MLU



Mein schlimmster Alptraum: Die Haut auf dem Markt

Ab sofort offenbart Euch die hastuzeit ihre schlimmsten Alpträume. Den Anfang macht Julia, die durch ihr Lieblingsthema Studentenjobs auf eine gruselige Idee gebracht wurde.

Es muss sich etwas ändern! Sommer für Sommer bemühen sich Schüler und Studenten, in den pflichtfreien Wochen ein bisschen Geld dazu zu bekommen. Aber auf der Suche nach kurzzeitigen Arbeitsverhältnissen finden sie meist nur die Dreifaltigkeit der Werbebranche: Promotions-, Akquise- oder Callcenterjobs. Aber wer hat schon Spaß daran, den ganzen Tag lang wildfremde Leute am Weiterkommen zu hindern oder stundenlang in einem blöden Büro zu versauern?

Dabei wäre es so einfach: Arbeitgeber und -nehmer könnten an einem Strang ziehen, um ihre je eigenen Interessen zu verwirklichen – die einen wollen Werbung, die anderen Freizeit und Geld, das Beworbene zu kaufen. Hier heißt es ansetzen: Mit Tattoos der Firmenlogos könnte in Zukunft jede Seite gewinnen. Wer weiß? Richtig ausge-

handelt und gut platziert könnten eine springende Großkatze oder ein angebissener Apfel die Miete bezahlen. An den Anblick verkaufter Haut würde man sich sicher ebenso schnell gewöhnen wie an beworbene Hausfassaden. Bald wäre es nichts Neues mehr, das Logo eben jenes Produktes, das man sich gerade ausgesucht hat, an Armen, Nacken oder (bei ganz Bedürftigen) im Gesicht des Mitwartenden an der Einkaufskasse wieder zu erkennen. Besonders Studenten mit Hang zu Partyleben und Sonnenbaden wären in der neuen Branche gefragt: Sie könnten besonders gut die Vertragsbedingungen erfüllen, nach denen jedes Firmenlogo eine bestimmte Zahl Stunden pro Tag sichtbar zu sein hätte. Die Ferien wären gerettet.

Text: Julia Solinski

Foto: Antonia Mahlke

Ans Ende denken wir zuletzt

Das Wintersemester beginnt, und die Stadt begrüßt wieder zahlreiche Neuankömmlinge in ihren Hochschulen. Zwei von ihnen möchten sich und ihre ersten Eindrücke und Erfahrungen vorstellen.

»Ich will die alleinige Macht über die Finanzen haben.«
 »Hallo, ich bin Caro Schindler und 20 Jahre alt. Ich habe mein kleines Städtchen in Niedersachsen zurückgelassen, um ab Oktober BWL in Halle zu studieren. Bereits meine Großeltern haben hier studiert. Sie konnten mir zwar nicht mehr viel über die Stadt erzählen,



Unterwegs in die Selbstständigkeit: BWL-Studentin Caro

aber die Harz-Mensa haben sie mir wärmstens empfohlen. Ich bin also ohne Vorwissen zum ersten Mal hierher gekommen. Das war zur Immatrikulation. Die war zwar gut organisiert, aber trotzdem mit viel Wartezeit verbunden. In dieser konnte man aber den Generationskonflikt zwischen den studentischen und den älteren Immatrikulationshelfern beobachten. Während eine ältere Dame lieber in Ruhe arbeiten wollte, teilten die Studenten den Erstis lautstark ihre Weisheiten mit. Ich habe mich dann aber an den umstehenden Info-Ständen über BAföG, Studentenwerk und potenzielle WG-Zimmer schlau gemacht. An diesem Tag konnte ich in dieser Hinsicht aber noch keinen Treffer landen. Ich habe die Zeit dann genutzt, um mir Halles Markt und Shoppingmöglichkeiten genauer anzuschauen. Die Stadt ist gemütlich, aber nicht zu klein, und man kann auf viele verschiedene Leute treffen. Darum erhoffe ich mir ein abwechslungsreiches Nacht- und Kulturleben, an dem ich leider noch nicht teilnehmen konnte. Erst mal richte ich mir mein Zimmer ein. Unter nur vier Besichtigungsterminen hab ich das relativ einfach gefunden. Aber zuvor musste ich mir auch eine katastrophale Wohnung ansehen. Dort gab es ein Bad ohne Dusche. Die stand nämlich in der Küche.

Jetzt hab ich aber ein schönes Heim gefunden. Ich denke auch, dass ich mich hier wohl fühlen werde. Auch wenn sich das einige meiner Freunde nicht so recht vorstellen können. Von denen kamen schon Kommentare wie »Oh, du studierst im Osten?« Sie meinen, dass die Studien- und Uniquität hier nicht so gut sei. Ich selbst bin da aufgeschlossener und gespannt auf mein Leben hier.

Angst vor Heimweh hätte ich nur, wenn es mir hier wider Erwarten nicht gefällt. Natürlich muss mir auch das Studium gefallen. Ich muss gestehen, dass ich noch nicht genau weiß, wie das ablaufen wird. Auch meinen Stundenplan und das Stud.IP hab ich noch nicht kennen gelernt. Ich hab aber gehört, dass der Umgang damit sehr kompliziert und zeitaufwendig ist. Darum erhoffe ich mir Aufklärung aus der Informationsveranstaltung für die Studieneinsteiger. Wenn mit dem Studium alles klappt, möchte ich anschließend gerne im Rechnungswesen einer großen Firma arbeiten. Da kann ich dann die Gelder hin- und herschieben und habe die alleinige Macht über die Finanzen.

Aber das alles liegt noch in weiter Ferne. Näher liegen da die feierliche Immatrikulation und die berühmten Erstsemesterpartys. Ob ich da wirklich hingehe, entscheide ich spontan. Ich werde einfach die Eindrücke der ersten Tage an der Uni auf mich wirken lassen. Vom Rest lasse ich mich überraschen.«

»An dieser Stelle möchte ich Google Maps danken.«

»... denn ohne das hätte ich mich hier nicht so gut zurechtgefunden. Aber nun erst mal zu mir: Ich bin Philipp Klemm und angehender Innenarchitekturstudent an der Hochschule für Kunst und Design. Ich bin 20 Jahre alt und komme ursprünglich aus Zschopau. In letzter Zeit habe ich aber in Berlin gelebt und dort ein Praktikum in einer Tischlerei gemacht.

Für das Studium in Halle habe ich mich entschieden, weil die HKD einen sehr guten Ruf hat. Außerdem war das die Hochschule mit dem frühesten Einsendeschluss für die Bewerbungsunterlagen. Hier fand auch der erste Eignungstest statt. Als ich für diesen in die Stadt gekommen bin, war ich schon extrem beeindruckt und hab mir gedacht, wie toll es wäre, hier zu studieren. Große Hoffnungen hatte ich aber nicht. Umso mehr habe ich mich gefreut, als dann die Zusage kam. Doch auf genauere Informationen über mein Studium und die Einführungswoche musste ich noch länger warten. Das Immatrikulationsamt hatte die Unterlagen in meinen Heimatort geschickt, obwohl ich zu dieser Zeit bereits in Berlin gewohnt habe.

Dann begann aber der unangenehme Teil. Ein regelrechter WG-Marathon durch Halle. Ich hatte insgesamt 15 Termine zur Zimmerbesichtigung. Drei davon haben abgesagt, bevor ich überhaupt in Halle ankam. Einer von ihnen, weil er in den Kreißaal musste – er ist an diesem Tag Vater geworden. Ich habe mir dann die anderen Wohnungen angeschaut, aber es hagelte nur Absagen. Ich hatte schon das Gefühl, dass ich etwas falsch mache. Wahrscheinlich lag es aber daran, dass es einfach zu viele Bewerber gab, mit denen ich um die Plätze kandidiert habe. Irgendwann hat sich der frisch gebackene Papa nochmal gemeldet, und bei dem zieh ich jetzt auch ein. Das ist zwar eher eine Zweck-WG und genau das Gegenteil von dem, was ich wollte. Letztendlich leb ich nun aber in einer schönen Wohnung in einer tollen Umgebung und bin ziemlich glücklich damit.

Andererseits hatten die vielen Besichtigungstermine auch etwas Gutes. Dadurch musste ich öfter nach Halle kommen und konnte die Stadt schon etwas kennen lernen. Und ich kann sagen, es gefällt mir hier richtig gut. Besonders sind mir die Altbauten aufgefallen, die meiner Meinung nach super erhalten sind. Das verschönert das Stadtbild. Und bei Nacht gefällt es mir hier auch gut. Ich habe



Geschafft! Nach der langen WG-Suche hat der angehende Innenarchitekt Philipp ein Zuhause gefunden.

schon viele nette Leute kennengelernt, mit denen ich feiern war. Das hat auch meine Vorstellungen vom Leben als Student geprägt. Neben einem kreativen Studium erhoffe ich mir zahlreiche aufregende Partynächte.

Mein Studium darf auch der Schulzeit ähneln. An und für sich war diese sehr schön. Ich freue mich nur, dass ich jetzt die Sachen lernen kann, für die ich mich wirklich interessiere. Es liegt also eine spannende und prägende Zeit vor mir. Nur die Nähe zu meiner Familie und zu meinen alten Freunden werde ich vor allem am Anfang sehr vermissen. Letzteres lässt sich dabei sicher noch leichter ertragen. Ich bin optimistisch, dass aus einigen Bekanntschaften richtige Freundschaften werden können. Außerdem studiert ein ehemaliger Kumpel von meinem Gymnasium ebenfalls an der Hochschule. Also ist nicht alles ganz fremd hier.

Und ich freu mich auch schon darauf, die Stadt und ihre Kultur noch besser kennenzulernen. Dann brauche ich vielleicht irgendwann kein Google Maps mehr, um mich hier zurecht zu finden. Dann ist die einst fremde Stadt eine neue Heimat.«

Protokoll: Sabine Paschke, Julia Kloschkewitz

Fotos: Julia Kloschkewitz

Wenn der Kopf überkocht

Immer mehr Studenten leiden am Burn-out-Syndrom. Immer mehr müssen lernen, damit umzugehen. Ein Beispiel.

Eigentlich steht Friederike* ständig unter Druck. Sie studiert im fünften Semester Bachelor, muss dafür tausend Projekte bearbeiten, leitet ein Tutorium und jobbt in einer Bar. Eigentlich sieht Friederike so aus, als würde sie das ohne Probleme schaffen. Hoch gewachsen, wache Augen und eine resolute Haltung. Wenn die Studentin spricht, lächelt sie dabei oft, so als sei sie viel zu tough, um vor der Uni zu kapitulieren. »Es ist komisch. Jetzt kann ich darüber lachen«, resümiert sie über das Erlebnis, weswegen sie hier sitzt und ihre Geschichte einer Fremden erzählt. »Aber in dem Moment war das gar nicht lustig.« Vor Kurzem hatte Friederike einen Nervenzusammenbruch. Plötzlich war es, als sei ihr Kopf übergekocht.

Nur einen Tropfen zu viel

»Ich konnte nicht einschlafen«, erinnert sie sich. Und erzählt dann vom BAföG-Amt, das ihr Geld gekürzt hat, von dem Dozenten, der ihre Hausarbeit nicht verlängern lassen will, und vom Prüfungsamt, das ihr keine Bescheinigung über die Regelstudienzeit ausstellen kann, weil sich ihre Dozenten zu viel Zeit lassen, um die Ergebnisse weiterzugeben. All das staute sich zusammen, bis der Druck auf die eigenen Nerven zu viel wurde. »Ich dachte plötzlich, mein Kopf würde sich verselbstständigen. Da waren Stimmen, die meinten: »Du schaffst das nicht, das wird nichts!«, und ich konnte nichts dagegen tun. Es war, als wären diese Stimmen extern und hätten nichts mit mir zu tun.« Schnell versuchte sich Friederike abzulenken. To-do-Listen machen, TV schauen, zur Ruhe kommen. Die junge Frau hat Übung darin, wieder klarzukommen. Das letzte Semester war so anstrengend, dass Friederike oft nicht schlafen konnte. Dabei hatte ihr Studium ganz unbeschwert begonnen: »Am Anfang war alles in Ordnung, damals hat mir das Studium richtig gefallen. Aber seit dem vierten Semester ist es zu viel. In den Ferien mussten wir ein Projekt machen, das so stressig war, dass wir uns am Ende wieder auf die Uni gefreut haben. Dabei hat das Arbeiten an dem Projekt wahnsinnig viel Spaß

gemacht.« Aber für Spaß allein gibt es keine Leistungspunkte. Nicht mal für ein lehrreiches Praktikum findet Friederike die Zeit, obwohl dieses im Modulhandbuch vorgeschrieben ist. Ihr Vater hat deshalb einen Praktikumsbeleg ausgefüllt, damit sie mit ihrem Institut keinen Ärger bekommt. Hauptsache bestehen, Hauptsache weitermachen. Solange bis man, wie Friederike, den Kontoauszug sieht und begreifen muss, dass der neue BAföG-Satz nicht mal für die Miete reicht. Das war zu viel, der Tropfen, der das Fass voller Sorgen zum Überlaufen brachte.

Fertig, ehe das Leben richtig losgeht

Wahrscheinlich ist Friederike nur ein Beispiel von vielen. Wie hoch die Zahl der hallischen Studenten ist, die sich überfordert fühlen, lässt sich nur ahnen. Der Terminkalender von Anett Zehnpfund gibt immerhin einen Hinweis. Die Sozialarbeiterin der psychosozialen Beratungsstelle muss lange blättern, ehe sie einen freien Termin findet. »Ich bin gut ausgelastet«, bestätigt Zehnpfund den ersten Eindruck. Über 200 Studenten habe sie seit Januar empfangen. »Die meisten klingeln, weil sie sich ausgebrannt fühlen. Oft stellt sich aber raus, dass sich dahinter mehr verbirgt.« Probleme im Job, Stress in der Familie oder mit dem Partner, das seien die eigentlichen Gründe. »Eigentlich haben Studenten genug Zeit für die Uni – trotz Bachelor. Aber man vergisst oft, dass Studenten auch nur Menschen sind und nebenbei andere Probleme zu bewältigen haben.« Gerade deshalb hätte die Umstellung auf Bachelor zu einem Anstieg der Beratungen geführt. »Neuerdings kommen auch immer mehr Erst- oder Zweitsemester, weil ihnen einfach die nötige Orientierungszeit fehlt.« Berechnungen haben ergeben, dass einem Bachelor bis zu 40 Stunden pro Woche abverlangt werden. Da bleibt wenig Luft für sonstige Aktivitäten. »Und wenn man zusätzlich arbeiten muss, ist kein Platz für die notwendigen Entspannungsphasen.« Diese Phasen aber sind es, auf die der Körper nicht lange verzichten kann. »Wie stark ich unter Druck stehe, wurde mir klar, als meine Periode unre-



gelmäßig kam. Frauen merken so ja oft, dass etwas nicht stimmt«, erzählt Friederike. Frauen sind ja sowieso sehr viel ehrgeiziger, nicht umsonst sind Mädchen oft auch die besseren Schüler. Kein Wunder also, dass gerade sie dem Druck des Studiums nicht standhalten.

Früher Einserschüler, heute ausgebrannt

»Ob man für Burn-out-Symptome anfällig ist, hat rein gar nichts mit dem Geschlecht zu tun«, widerlegt Anett Zehnpfund das Klischee. Auch das Studienfach spiele keine Rolle. »Es kommt immer auf die eigenen Ansprüche an. Wer in der Schule immer Einsen hatte und dem an der Uni gerecht werden will, der ist schnell überfordert.« Das Unileben genießen, alle ungeliebten Pflichtfächer belegen und trotzdem stets Jahrgangsbester sein, das geht oft nicht. Auch Friederike musste das lernen. Zwar wollte sie nie die Beste sein, wirklich Nein sagen kann sie auch nicht. Sie möchte alles Auferlegte schaffen und auf keinen Fall enttäuschen. Vergangenes Semester aber hat sie es dann doch gewagt und ihrem Dozenten Contra geboten. »Als ich während des Seminars sagte, dass das doch etwas viel Aufwand sei und damit einfach das sagte, was alle im Raum dachten, fragte er irritiert, ob ich es denn nicht einfach sein lassen wolle und ob sich mit mir noch jemand überfordert fühle.« Die Arme seien unten geblieben. Niemand war wohl mutig genug, sich dem Dozenten zu widersetzen. »Nicht alle, aber viele Professoren

haben sich nicht allzu gut auf die Umstellung eingerichtet, gerade was die Empathie für die Studenten betrifft«, bestätigt Zehnpfund Friederikes Erlebnis. Auch deshalb gehe es bei der Beratung darum, dass die Betroffenen lernen, sich selbst wieder aufzubauen anstatt auf die Unterstützung der Lehrbeauftragten zu warten. »Voraussetzung aber ist, dass die Betroffenen sich helfen lassen wollen. Wer über seine Sorgen und Schwächen nicht reflektiert, dem hilft auch kein Wochenplan.« Genau diesen arbeiten die Mitarbeiter der Beratungsstelle mit den Studenten aus. Sie versuchen, den Alltag zu strukturieren und geben bei Bedarf Adressen von Therapeuten weiter. »Nur wenige brauchen wirklich eine Therapie, wenn überhaupt, sind es zehn Prozent. Meistens ist es ein simples Strukturproblem, das wir auch hier beheben können.«

Aufstehen und weitergehen

Bei Friederike steckt mehr dahinter als besagtes Strukturproblem. Sie ist bereits seit Jahren in Therapie und wird deshalb auch nicht an der Tür von Anett Zehnpfund klingeln. »Eigentlich bin ich dort aus anderen Gründen, aber gerade jetzt helfen mir die Gespräche sehr.« Eine Prioritätenliste erstellen, planen, welche Ziele man kurzfristig erreichen kann und herausfinden, welche Sorgen wirklich dahinter stecken. »Die Therapie ist sehr gut, um einfach mal Dampf abzulassen. Manchmal heule ich dort während der Sitzung, das befreit ungemein.«

Friederike hat gelernt, dass sie sich von den Stressfaktoren nicht in die Enge treiben lassen darf. Sie weiß, es geht darum, Lösungen zu suchen und sich selbst Freiräume zu schaffen. »Ich höre mittlerweile sehr genau auf meinen Körper. Und wenn ich eine Pause brauche, dann nehme ich mir die einfach«, sagt Friederike zum Abschied und strahlt dabei über das ganze Gesicht. »In zwei Tagen fliege ich für ein paar Wochen in die USA, ich muss einfach raus. Egal, was ich hier zu erledigen habe.«

*Name geändert

Text: Steffi Hentschke
Illustration: Rita Velasquez

Aufgelegt, oder was?

Seit zehn Jahren wächst der Markt, die Branche gilt als wichtiger Wirtschaftszweig, und gerade Studenten lassen sich gerne einstellen: Call Center sind groß im Kommen. Doch ist alles Gold, was glänzt?

Sein Job bringt nur 5,50 Euro die Stunde, er hat ihn übergangsweise angenommen. »Bis ich was Besseres finde«. Er darf nicht sagen, was er genau macht. Nicht, wie der Auftraggeber heißt. Nicht, was er von der Sache hält. Das hört sich nach Dealen an, aber sein Handwerkszeug sind Telefone. Der Kommilitone ist Call-Center-Agent. So wie viele andere Studenten in Halle, wo die Call-Center-Branche mit über 5000 Mitarbeitern den größten Arbeitgeber der Stadt darstellt. Durch die Möglichkeit, auch am Abend oder am Wochenende zu arbeiten, ist die Telefonarbeit gerade für Studenten attraktiv. Die meisten von ihnen verfügen über die gewünschten Kompetenzen wie »Freundlichkeit« und »Ausdrucksvermögen«. Der niedrige Stundenlohn schreckt nicht, für die Region ist er durchschnittlich. Und die Arbeit?

Arbeitsalltag

»Einen schönen guten Tag, ich rufe von Ihrer Bank aus an. Ihre persönliche Beraterin würde sich gerne mit Ihnen treffen und über Ihre Anlagemöglichkeiten unterhalten. Sie ist der Meinung, dass Sie Ihr Geld der derzeitigen Situation angemessener anlegen und somit mehr Gewinn machen könnten. Wann wäre es Ihnen denn recht?« So zum Beispiel kann sich die Arbeit in einem Call Center anhören. Ein paar Dutzend Menschen könnten es sein, die diese Sätze täglich sprechen, einen Termin vereinbaren, sich dann verabschieden, die Ergebnisse weiterleiten und sich dann dem nächsten Kunden zuwenden. Einzeln, voneinander durch Trennwände abgegrenzt, sitzen sie in einem Großraumbüro, schallisoliert, klimatisiert. Wasser gibt es umsonst. Was genau ist es an dieser Arbeit, das geheim gehalten werden muss? Laut Vertrag ist ein Mitarbeiter nämlich zu Stillschweigen verpflichtet. Und wenn man das nicht so ernst nimmt, »da wird man auch schon mal ins

Büro des Chefs gebeten und gefragt, ob es hinsichtlich der Schweigepflicht noch irgendwelche Fragen gibt. Das versteht dann wirklich jeder.« Wenn der Chef wüsste, dass hier jemand trotzdem redet, wäre nicht nur der Arbeitsplatz weg. Jemand hätte auch eine saftige Strafe zu zahlen. Die Gründe für solche Maßnahmen werden erst verständlich, wenn man sich das Gewerbe näher ansieht.

Ein wachsender Markt

Mit der Eröffnung der ersten telefonischen Telegrannannahme wurde erstmals im Jahr 1887 die Idee der telefonischen Dienstleistung umgesetzt. Verkauf, Terminvereinbarung, Kundenbetreuung, Notfalldienst – alles per Telefon machbar. Aber erst mit dem Jahr 1998 wurde es Mode, diesen Service vom eigenen Unternehmen abzuspalten, so dass Nur-Telefon-Unternehmen entstanden. 1998 war das Jahr, in dem der Telekommunikationsmarkt privatisiert wurde. Zehn Jahre später hat die Branche einen Umsatz von 12 Milliarden Euro pro Jahr, es gibt im Land 5700 Call Center, in denen statistisch gesehen 1,1 Prozent der Bevölkerung arbeiten. Tendenz steigend. Doch das Image dieser »postindustriellen Produktionsform« ist eher schlecht.

Ein Imageproblem

Das liegt vor allem an den Telefonaten »nach draußen«. Diese Art der Call-Center-Arbeit macht den größeren Teil des Geschäfts aus. Nachdem in den letzten Jahren auf Proteste hin die Möglichkeiten des Telefonvertriebes nach und nach beschnitten und gesetzlich geregelt wurden, bleibt ein Problem bestehen: »Niemand hat um diese Anrufe gebeten«. Der Kommilitone, der für seinen Lebensunterhalt in einem der hallischen Call Center jobbt, kann die genervten Leute verstehen, die, mitun-

ter noch während er spricht, einfach auflegen. »Irgendwie hab ich schon das Gefühl, da etwas Falsches zu tun.« Auch wenn es nur um Befragungen zur Kundenzufriedenheit geht, hat ein Anruf doch nicht nur uneigennützige Zwecke. Auch nicht im Falle der dringenden Terminvereinbarung mit dem Bankberater. »Es gibt nie wirklich einen konkreten Grund für den Anruf, das sagen wir nur.« Im Auftrag der Bank wird dem Kunden einfach ein Sachverhalt vorgetäuscht, damit dieser den Bankmitarbeitern eine Möglichkeit gibt, ihn zu Beteiligungen und Investitionen zu überreden. Call Center machen im Auftrag eines Unternehmens Werbung. Das nennen sie »Kundengewinnung« oder »Kundenbindung«.

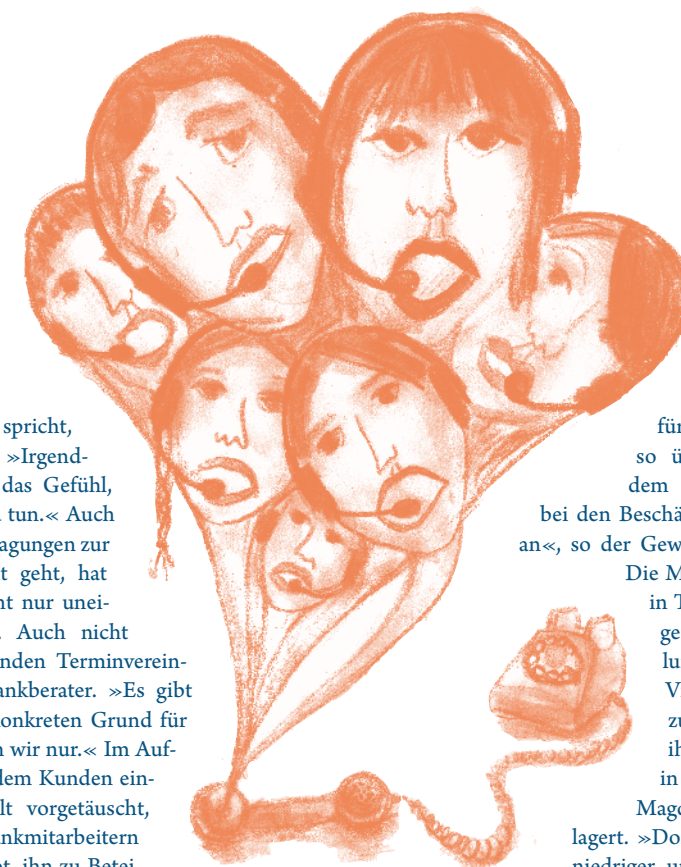
Eine Frage der Definition

Der Staat nennt das seit dem 4. August 2009 illegal. Ein neues Gesetz besagt, dass bis zu 50000 Euro Strafe fällig werden für Werbeanrufe, denen die Angerufenen nicht im Vorhinein ausdrücklich zugestimmt haben. Noch mal 10000 Euro sind es, wenn dabei die Nummer unterdrückt wird. Ein klingelndes Telefon ist demnach etwas Anderes als Werbung im Briefkasten. Etwas, durch das die Privatsphäre verletzt werden kann. Doch solange der Begriff »Werbung« undefiniert bleibt, wird das neue Gesetz wohl kaum Wirkung zeigen. »Sie bezeichnen es einfach als Service«, sagt der Kommilitone. Viele Call-Center-Agents machen sich strafbar, ohne es selbst zu wissen. Und das

für eine Arbeit, die gerade so über Wasser hält. »Von dem Branchen-Boom kommt bei den Beschäftigten so gut wie nichts an«, so der Gewerkschafter Jürgen Stahl. Die Mitarbeiter werden oft nur in Teilzeit oder befristet eingestellt. Tarifliche Regelungen gibt es kaum noch. Viele Unternehmen wie zum Beispiel Quelle haben ihre Standorte mittlerweile in den Osten nach Cottbus, Magdeburg oder Görlitz verlagert. »Dort sind die Arbeitskosten niedriger und die Leute angesichts hoher Arbeitslosigkeit eher bereit, zu schlechten Bedingungen zu arbeiten«, betont Stahl. Ein Blick auf Halle gibt ihm recht. Gerade weil Call Center so eine gute Geschäftsidee sind, gerade weil sie für Teilzeitjobber an sich gute Arbeitsbedingungen bieten, muss noch einiges passieren. Es braucht hinsichtlich der Arbeitsmethoden, aber auch der Entlohnung sowie zu Fragen des Datenschutzes weitere gesetzliche Regelungen. Man könnte ja mal darüber reden.

Text: Julia Solinski
Illustration: Mia Ewald

• Weitere Informationen zum Gesetz gegen unerlaubte Telefonwerbung unter: www.bmj.de



»Das Sterben kann man nicht normieren«

Seit September gibt es eine gesetzliche Regelung zur Patientenverfügung, die deren Verbindlichkeit sicherstellen soll.

Es ist manchmal nur ein kurzer Augenblick, der alles ändert. Eine Sekunde, in der der junge Motorradfahrer in der Linkskurve die Kontrolle über sein Fahrzeug verliert. Ein Moment, in dem die alte Dame Günther Jauch auf einmal doppelt sieht, im Sessel zusammensackt und von der Fahrt in die Notaufnahme nichts mitbekommt.

Plötzlich findet man sich angeschlossen an Maschinen auf der Intensivstation eines Krankenhauses wieder. Angewiesen auf Beatmungsgerät, Herz-Lungen-Maschine, Dialyse und Infusionen, die den Körper mit notwendigen Medikamenten und Nährstoffen versorgen. Eine beängstigende Vorstellung, mit der niemand in Berührung kommen möchte – und was, wenn doch?

Gut gemeint, aber...

Um genau dem zu begegnen, gibt es nun nach sechsjähriger kontroverser und intensiv geführter gesellschaftspolitischer Diskussion seit dem 1. September 2009 eine gesetzliche Regelung zur Patientenverfügung. Diese verpflichtet den Arzt zur Beachtung der Verfügung. Die Norm des § 1901a BGB befindet sich im Betreuungsrecht und somit in guter Gesellschaft zur Vorsorgevollmacht. Angenommen wurde damit der »Stünker-Entwurf«, der einen Kompromiss zwischen dem »Bosbach-Entwurf« und dem »Zöller-Entwurf« darstellte. Der Bosbach-Entwurf sah strengere formale Bedingungen wie eine vorangehende umfassende ärztliche Beratung vor. Der Entwurf des Abgeordneten Zöller hatte neben schriftlichen auch mündlich geäußerte Erklärungen gelten lassen wollen und stellte somit die geringsten formellen Anforderungen. Jedoch musste in allen Entwürfen immer der aktuelle Patientenwille individuell ermittelt werden. Ein weiterer Vorschlag ging dahin, keine gesetzliche Regelung zu schaffen, da auch ohne diese die rechtliche Lage durch Rechtsprechung des BGH und des Bundesverfassungsgerichts eindeutig sei.

»Natürlich ist es positiv, dass für breite Bevölkerungskreise Rechtssicherheit geschaffen wurde«, meint Professor Dr. Hans Lilie, Jurist mit Forschungsschwerpunkt Medizinrecht und geschäftsführender Direktor des interdisziplinären wissenschaftlichen Zentrums Medizin-Ethik-Recht an der MLU. »Gerade hinsichtlich des Aspekts der Verbindlichkeit dessen, was man für sein eigenes Lebensende festgelegt hat. Besonders neu ist es nicht, weil die Rechtsprechung auch schon vorher diese Aspekte so fixiert hat. Aber durch die gesetzliche Regelung ist der Druck auf die Ärzteschaft viel höher geworden, nicht nur im Einzelfall sich gebunden zu fühlen.« Den »Bosbach-Entwurf«, der zusätzlich die Aufklärung durch einen Arzt und einen Notar zur Bedingung macht, empfindet Lilie als eine Bevormundung und tief geprägt von Paternalismus. »Das was wir nun haben, ist der beste Kompromiss, und damit werden wir nun in Zukunft leben und arbeiten müssen.«

...noch längst nicht gut.

Wie hilfreich ist dieses Gesetz für die Mediziner? Dr. Jens Soukup ist Oberarzt auf einer Intensivstation der Uniklinik Halle. Er hält eine genaue Umsetzung der Patientenverfügung in der Realität für schwierig, da sie nie als alleinige Entscheidungsgrundlage genommen werde. »Die Patientenverfügung war nie da, wenn man sie gebraucht hätte, und sie war auch nie so geschrieben, dass man sie auf diese konkrete Situation hätte anwenden können. Prinzipiell kann man das Sterben nicht normieren.« Die Bedeutung der Verfügung für seine Arbeit sieht der Intensivmediziner so: »Die Patienten gehen mit einem gewissen Vertrauen zum Arzt, gehen dort ein Vertrauensverhältnis ein und haben das Gefühl, sie werden gut behandelt. Plötzlich wird dieses Vertrauensverhältnis ad acta gelegt, indem ich sage: In der Situation, in der es mir am schlechtesten geht, habe ich kein Vertrauen mehr in den Arzt und kippe dieses durch die Patientenverfügung, dann will ich selber bestimmen.«

»Eine Patientenverfügung«, so Soukup, »wird in einer Situation geschrieben, in der es dem Menschen gut geht und sie sich relativ leicht schreiben lässt.« Auch den Medien wird eine gewisse Beeinflussung zugesprochen, wenn diese argumentieren, man solle eine Patientenverfügung verfassen, damit einem viel Elend erspart bleibe.

Ein Verlangen nach Sicherheit und Autonomie am Lebensende lässt sich vermutlich durch die laut Lilie »falsch verstandene Angst vor Intensivmedizin« erklären. Sowohl Lilie als auch Soukup sind der Auffassung, dass die Leistung der Intensivmedizin nicht hinreichend bekannt ist und dass in der Öffentlichkeit die Intensivmedizin zu Unrecht negativ besetzt sei. »Wenn man selbst nicht erlebt



hat, was Intensivmedizin vermag, ist dieses Negativimage so leicht nicht vom Tisch zu bekommen«, so Lilie. Soukup meint: »Oft ist es einfach nur die Angst vor dem Schmerz, den man jedoch heutzutage mittels Palliativmedizin effektiv behandeln kann, und vor Apparaten, die Patienten veranlassen, den Weg der Patientenverfügung zu nehmen. Aber in Situationen, in denen keine Aussicht auf Lebensverbesserung besteht, da verbietet es sich vom ärztlichen Ethos, dass ich sinnlose medizinische Sachen weiter mache. Dies erfordert aber auch von den Ärzten, sich mit der Situation kritisch auseinanderzusetzen, die Grenzen der Medizin zu erkennen und in diesem Zusammenhang Entscheidungen im Sinne des Patientenschicksals zu treffen.«

Vertrauen aufbauen – und rechtlich vorsorgen

Doch was raten Jurist und Mediziner bei dieser Flut an Informationen? Der Mediziner rät zu einer Vorsorgevollmacht und vertrauensvollen Gesprächen mit Angehörigen. Mittels dieser Vollmacht wird eine Person des Vertrauens als Bevollmächtigte eingesetzt. Die muss dann, im Unterschied zum Betreuer, nicht vom Vormundschaftsgericht bestellt werden, sondern kann bei eigener Entscheidungsunfähigkeit sofort für den Vollmachtgeber handeln. »Am Ende des Lebens wissen viele nicht, wie es tatsächlich um einen steht. Das wissen wir Ärzte auch nicht, da es Krankheitsverläufe gibt, die am Anfang schlecht verlau-

fen und sich dann wesentlich verbessern, genauso gibt es diese in die andere Richtung. Man kann mit Wahrscheinlichkeiten arbeiten, aber im Rahmen der Behandlung hat es sich eher bewährt, dass man zu den Angehörigen ein Vertrauensverhältnis entwickelt und dann realistisch und im Sinne des Verhältnisses auch für den Patienten entscheidet, was wirklich in der konkreten Situation für den Patienten noch sinnvoll und nicht sinnvoll ist. Die Erwartungshaltung kann man mit den Angehörigen wesentlich besser kommunizieren, darum es ist besser, wenn eine Vorsorgevollmacht besteht.«

Hinsichtlich der Nutzung vorformulierter Patientenverfügungen meint Lilie: »Im Internet gibt es eine Formulierungshilfe vom Bundesministerium der Justiz, die jedoch sehr umfangreich ist und bei der die Gefahr besteht, den Faden zu verlieren. Es gibt einen breiten Markt von Publikationen vorgefertigter Erklärungen, da muss jeder selber sehen, was ihm passt. Ich würde dazu neigen zu formulieren, dass Vordrucke, die Geld kosten, per se schlecht sind.« Wenn jemand eine Patientenverfügung verfassen möchte, rät er: »Die Beratung durch eine Kombination zwischen Arzt und Notar ist das Optimum. Der Arzt, weil man sachlich beraten wird. Das ist in der Praxis aufgrund des Arbeitszeitdrucks bei den niedergelassenen Ärzten und in den Krankenhäusern sehr schwer, so dass die sachgemäße Beratung, die eigentlich gegeben sein muss, kaum möglich ist. Der Notar kann die Geschäftsfähigkeit des Verfügenden feststellen und damit die Verbindlichkeit sicherstellen. Hinweisen möchte ich auf ein Modell, das in Dessau praktiziert wird. Dort haben pensionierte Ärzte sich bereit erklärt, bezüglich Patientenverfügungen gegen einen Pauschalbetrag zu beraten. Das ist vielleicht ein sehr gutes Modell.«

Text: Stephanie Schmidt, Helena Bebert

Illustration: Anka Büchler

- Die Verfasserinnen studieren den Masterstudiengang Medizin – Ethik – Recht an der MLU Halle. Die Lehrveranstaltungen in diesem Studiengang befassen sich unter anderem mit den hier vorgestellten Themen. Durch die interdisziplinäre Studentenstruktur und die Zusammenarbeit verschiedener Fakultäten bietet sich Gelegenheit zur praxisnahen Debatte.

- Weitere Informationen unter: <http://mer.jura.uni-halle.de/>

» Wir wollen keine Revolution, wir wollen Demokratie«

Vor über 100 Tagen begannen in Iran die Proteste gegen die Regierung. Zwei Studenten der MLU erzählen, wie sie die Entwicklung in ihrer Heimat einschätzen.

Als am 12. Juni in Iran gewählt wurde, hatten sich die zwei jungen Männer bereits entschieden. Sie wollten den Wechsel und waren extra nach Berlin gefahren, um dort für den Reformler Mussawi zu stimmen. Jetzt konnten sie nur warten. »Es war schrecklich. Als die Ergebnisse bekannt wurden, konnten wir nichts tun. Wir sahen die Bilder bei YouTube, wussten, dass unter den Opfern Freunde waren. Aber wir saßen hier in Deutschland fest.« Und immer wieder ging den Studenten eine Frage durch den Kopf: »Where is my vote?«

Unter Beobachtung

Offiziellen Angaben zufolge stimmten über zwei Drittel der Iraner für den amtierenden Präsidenten Ahmadinedschad. Ein Ergebnis, das sich weder Experten noch die Iraner selbst erklären können. Der Vorwurf des Wahlbetrugs machte schnell die Runde, denn immerhin war dem Ergebnis eine Rekord-Wahlbeteiligung vorausgegangen. Gerade junge, gut gebildete Iraner und die besser verdienende Mittelschicht sind gegen den Hardliner Ahmadinedschad. »Er ist verrückt. Dieser Mann leugnet den Holocaust, weil er genau weiß, wie sensibel der Westen bei diesem Thema ist. Er will nur Aufmerksamkeit.« Neben der radikalen Außenpolitik ist es vor allem der Umgang mit dem eigenen Volk, der so viele Iraner erst an die Wahlurne und dann auf die Straße trieb. In seiner letzten Amtsperiode ließ Ahmadinedschad die Freiheitsrechte massiv einschränken. So wurden Journalisten und Blogger, die sich kritisch äußerten, inhaftiert und eine Generation junger Kritiker mundtot gemacht. Viele veröffentlichten bereits vor Beginn der Proteste anonym, und auch die zwei

Studenten wollen ihren Namen nicht in der Zeitung lesen.

»Wir möchten schließlich irgendwann zurück nach Iran.«

Am liebsten wären sie direkt nach Beginn der Proteste nach Hause geflogen. Aber sie mussten hier bleiben und versorgten ihre Freunde und Familien deshalb mit Informationen. »Wir haben Artikel weitergeleitet, auch Fotos und Videos. Zu Hause ging oft gar nichts – die Telefone wurden abgehört, und Seiten im Internet wurden gesperrt. An manchen Tagen konnte man nicht mal sein E-Mail-Postfach öffnen.« Zwei Wochen ging das so. In dieser Zeit wurde die Opposition immer größer und die Forderungen nach Gerechtigkeit immer lauter. Grün ist die Farbe des Reformkandidaten Mussawi, grün wurde die Farbe dieser Bewegung. Geschockt durch die brutalen Übergriffe der Regierung schlossen sich immer mehr Bürger den Protesten an. Anstatt verängstigt zu Hause zu bleiben, ging das Volk auf die Straße. Es heißt, Iraner würden eher sterben als sich unterdrücken zu lassen. Die westlichen Medien prophezeiten eine tiefe Spaltung im politischen System, einen Riss, der nicht mehr zu kitten sei. »Es gibt kein Zurück, darin sind auch wir uns einig. Wir müssen weitermachen.« Die beiden Männer waren in Berlin, gingen hier für ihre Heimat auf die Straße. Außerdem lauschten sie in jenen Wochen sehr aufmerksam den Worten der Kanzlerin. »Wir waren überrascht, dass Frau Merkel das Regime öffentlich kritisiert. Schließlich lässt sie es gleichzeitig zu, dass deutsche Unternehmen die notwendige Abhörtechnik nach Iran liefern.«

Ohne Unterstützung

Der Vorwurf, die deutsch-finnische Firma Nokia Siemens Networks hätte die nötige Technik nach Iran verkauft, ist immer wieder zu hören. Der Konzern selbst versucht zu beschwichtigen. Angeblich exportiere man nicht in Länder, die auf den schwarzen Listen von WTO, UN und EU zu finden seien, und Iran gehöre nun mal nicht zu diesen Ländern. Tatsächlich pflegen westliche Unternehmen sehr gute Handelsbeziehungen mit Iran. Dass man sich deshalb so passiv verhalte, davon sind die zwei Studenten überzeugt. »Man wird Iran nicht boykottieren, daran hängen zu viele wirtschaftliche Interessen.« Und deshalb, so sind die beiden sich einig, werde Ahmadinedschads Vorgehen keine Konsequenzen haben. »Außerdem treffen jegliche Sanktionen stets das Volk, nicht das Regime. Dieses aber ist es, das uns und dem Ausland Probleme macht.« Das Hauptproblem ist dabei ein Präsident, den sein Volk nicht anerkennt. Seit Ahmadinedschad 2005 in sein Amt gewählt wurde, hätte sich auch das Verhältnis vieler Menschen im Westen gegenüber den Iranern deutlich verschlechtert. »Manche denken, wir seien alle Terroristen. Dabei vergessen sie, dass es bisher weder in noch aus Iran terroristische Bedrohungen gab. Und alles nur, weil wir einen Präsi-



ten haben, der Hass predigt und der durch sein Atomprogramm im Ausland für Angst und Schrecken sorgt.« Die zwei Männer stört es, dass der Westen Ahmadinedschad als Präsidenten anerkannt hat, und fragen sich, weshalb er weiterhin zu Kongressen eingeladen wird. »Warum wurde er nach New York eingeladen, warum durfte er vor der UN-Vollversammlung sprechen? Wir würden uns wünschen, dass das Ausland uns wenigstens ein bisschen unterstützt. Embargos und Blockaden sind falsch, aber so zu tun, als sei Ahmadinedschad legitimiert, ist ebenfalls nicht richtig. Schließlich ist diese Regierung nicht unsere Regierung. Wir haben anders gewählt.« Während Ahmadinedschad drinnen das Ende der USA und den Untergang Israels prophezeit, demonstrieren draußen hunderte Gegner des Regimes. »Das ist alles, was wir tun können. Wir werden nicht aufhören zu sagen, dass wir nicht hinter unserem Präsidenten stehen!«

Voller Hoffnung

Bereits in zwei Jahren sind erneut Wahlen. Bis dahin heißt es weitermachen und zeigen, dass die Mehrheit der Iraner mit der Regierung nicht konform geht. Als vor wenigen Wochen das neue Semester begann, fürchteten viele einen erneuten Ausbruch blutiger Proteste. Eine Sorge, die die jungen Männer nicht teilen. »Die oppositionellen Studen-

ten werden ruhig bleiben. Vermutlich hat die Regierung Spitzel in den Universitäten. Leute, die provozieren und eventuelle Aufstände der Opposition in die Schuhe schieben wollen. Es ist und war die Regierung, die Gewalt in die Proteste bringt. Sie will Blut, nicht wir.« Was die Reformanhänger in Iran wollen, ist eine Öffnung zum Westen, mehr Freiheitsrechte und mehr Demokratie. »Jeder Revolution folgten schlimme Jahre. Keiner weiß das so gut wie das iranische Volk.« Deshalb müsse das Volk jetzt durchhalten. »Es ist ein langer Prozess, aber wir werden alles dafür tun. Wir sind auch bereit, dafür zu sterben.« Dass sie ihr Ziel erreichen, davon sind die zwei Studenten überzeugt. »Wir sind mittendrin in diesem Prozess, und wir sind voller Hoffnung, dass alles gut geht. Denn was wir wollen, ist ein besseres Land für unsere Kinder. Ein Land mit Demokratie.«

Text: Steffi Hentschke

Foto: Steve Rhodes

Berufsqualifikation en masse?

Die einen fangen gerade an, die anderen haben es hinter sich: das Bachelor-Studium

Mit dem 30. September hat sich bei vielen Studierenden der Name geändert. Auf einmal steht hinter Max Mustermann noch BA oder BSc. Der Bachelor ist, wenn man der Bologna-Reform glauben möchte, der erste berufsqualifizierende Studienabschluss. Die wenigsten Studierenden sehen das aber so; oft ist von einem »halben Abschluss« die Rede. Der Bachelor-Student lernt alles, qualifiziert sich aber für nichts. Die meisten der Skeptiker liebäugeln deshalb schon jetzt mit einem Masterstudium, das zwar auch ein Kind von Bologna ist, aber im Gegensatz zum Bachelor weitaus mehr Ansehen genießt. Strenge NC-Regelungen und mangelnde Kapazitäten machen es aber unmöglich, jedem Bewerber einen Studienplatz zu garantieren. Was bleibt, ist der Sprung ins kalte Wasser: Ab ins Berufsleben.

Quo vadis Bachelor?

Mit lediglich drei Jahren ist das Bachelor-Studium viel kürzer als das vorherige Diplom- und Magisterstudium. Mit dem Bachelorsystem kam man der Forderung (der Wirtschaft) nach, Studiengänge so zu konzipieren, dass nicht jeder Hochschulabsolvent auf eine wissenschaftliche Laufbahn getrimmt wird, für die sich meist nur ein geringer Prozentsatz der Studierenden wirklich interessiert. Von daher ist der Master in seiner Grundkonzeption als Befähigung zum wissenschaftlichen Arbeiten angedacht und somit sollte ein Bachelor absolut ausreichend sein, um einer Arbeit nachzugehen. Doch wo bewerben, mit dem nur »halbfertigen« Abschluss? Ronald Reifert vom Career Center der MLU weist auf einen entscheidenden Denkfehler hin: »Ein Bachelor ist nicht nutzlos. Es handelt sich um ein dreijähriges Studium, das einen berufsqualifizierenden Abschluss beinhaltet. Es ist ja auch nicht so, dass man in der ganzen Zeit nichts lernt.« Die Studierenden sollten viel mehr in ihre eigenen und erworbenen Fähigkeiten vertrauen, als sich von den Medien beeinflussen zu lassen.

Der erste Schritt

Gerade bei den ersten Bewerbungen für »richtige« Jobs tun sich viele Studierende schwer – wie muss ein Lebenslauf aussehen? Was gehört in ein Anschreiben? Hier



ist Ronald Reifert auf seinem Metier: »Genau da können wir den Studenten helfen!« Das Career Center der MLU bietet seit über einem Jahr Hilfe beim Erstellen von Lebensläufen, Bewerbungsmappen usw. an. Zusätzlich werden Vorstellungsgespräche in Workshops und Seminaren simuliert, damit die Berufseinsteiger in-spe nicht ins Fettnäpfchen treten. Auch BA-Studenten hätten auf dem Arbeitsmarkt gute Chancen, so Reifert. Außerdem würde das neue Studiensystem nichts daran ändern, dass »viele neu zu besetzende Stellen gar nicht ausgeschrieben, sondern intern vermittelt werden«. Also gilt immer noch das alte Kredo: »Auf die Beziehungen kommt es an.« Wer sich also in seinen Praktika gut arrangieren konnte, der hat auch beim Berufseinstieg gute Karten.

»Derzeit haben wir ein, zwei Interessenten pro Woche.« Trotz der großen Unsicherheit bei der beruflichen Karriere nutzen nur wenige Studierende den Service des Career Centers, sich in Sachen Berufs- und Karriereplanung beraten zu lassen. Reifert spricht von ein bis zwei Terminen pro Woche, in denen er sein Wissen, das er durch die Mitarbeit an Firmen- und Kontaktmessen erworben hat, weitergeben kann. »Einen generellen Trend, dass wir mehr Geistes- und Sozialwissenschaftler beraten, gibt es bisher nicht«, kommentiert der Berufsberater die derzeitige Situation im Career Center. Generell sieht er die berufliche Zukunft der »Generation Bachelor« weniger pessimistisch. »Und wer sich noch unsicher ist, kann gern einen Termin bei uns machen.«

Text: Tom Leonhardt

Illustration: Markus Färber

• Link zum Career Center: www.careercenter.uni-halle.de



Von Elefanten und Liebe

Dass lokale Musiker und deren Alben nicht immer nach pseudo-neuem Indie-Rock, aufgenommen in einer Blechdose, klingen müssen, beweisen LiHanabi mit ihrem Debut-Album. Die Band besteht seit 2006, die regionale Bekanntheit lässt trotz oder gerade wegen einer mittelmäßig aktiven Lokalmusikerszene noch zu wünschen übrig. Das soll sich mit *searching the elephant* ändern. Die Aufnahmequalität kann durchaus mit professionell bearbeiteten Alben mithalten und steht diesen in nichts nach. Die drei Banditen haben sogar ein eigenes Musikvideo zu *white elephant* im Internet. Der erste Track klingt danach, als wäre die Band noch ein gutes Stück davon entfernt, sich einen eigenen Musikstil zu erarbeiten: Viel Pop, wenig Innovation. Einen weißen Elefanten möchte man finden. Die Sängerin Enna schafft es nur bedingt, aus dem Konventionellen auszubrechen. Wie als hätten sich die drei hallischen Musiker erst warm spielen müssen, wirken die darauf folgenden Titel: Freche Riffs und ein endlich wirklich kreativer Gesang machen Lust zum Weiterhören. Die

Texte sind abwechslungsreich, aber relativ einfach gehalten. Wenn hier der Vergleich zu Bands wie *The Dresden Dolls* gezogen wird, ist das kein Vorwurf mehr, einen Musikstil zu imitieren, sondern ein Kompliment, etwas Eigenes geschaffen zu haben. Das Album ist bunt gemischt – verspielter Pop und akustische Singer-Songwriter-Passagen finden sich in den zehn Titeln wieder. Was auf dem Papier recht unspektakulär klingen mag, wird auf der CD innovativ und empfehlenswert. Auch wenn sie den weißen Elefanten vielleicht niemals finden werden: ihren eigenen Stil haben LiHanabi bereits.

Text: Tom Leonhardt

Foto: Martin Baier

Cover: LiHanabi



LiHanabi
searching the elephant
Laufzeit: 38:47

www.myspace.com/lihanabi

Nicht vergessen!

Alles, was im nächsten Monat wichtig ist und was sich sonst noch an unserer Pinnwand angesammelt hat

Ein Leserbrief

zu »Die Uni ist nicht familienfreundlich« (Nr. 27)

Sehr geehrte Redaktion,

ich studiere BSc BWL 180 LP und habe einen neun Monate alten Sohn. Ich verstehe nicht, warum die Uni nicht kinderfreundlich sein soll. Wenn mein Sohn beispielsweise krank ist, nicht in die Kita kann und ich zu Hause bleiben muss, haben alle Verständnis dafür. Natürlich muss man nacharbeiten, aber gerade kranke Kinder schlafen auch mal. Und wenn ich dann zum Dozenten gehe und »dumme« Fragen stelle, die er/sie in der Veranstaltung schon dreimal erklärt hat, bekomme ich trotzdem Antworten – ohne Abfälligkeiten.

• Ihr wollt den Rest auch noch lesen? Dann ab ins Netz: www.hastuzeit.de

Werktage

»Was ändert sich, wenn wir es selber machen?« Burg-Studenten laden vom 21. bis 25. Oktober 2009 zu den *Werktagen* nach Halle ein. 19 Vorträge, vier Workshops und eine Open-Space-Veranstaltung warten auf Studierende anderer Kunst- und Designhochschulen. Mit diesen und Gästen soll über die aktuelle Situation und zukünftige Entwicklung der universitären Ausbildung diskutiert werden.

• <http://werktage.org/>

213 ... Deins!

Die zweite Ausgabe des 213 Magazin ist da, Kommunikationsdesigner der Burg haben sich erneut zusammengesetzt. Das Ergebnis sind 80 Seiten farbseparierter Offset, randgefüllt mit tollen Illustrationen. So toll, dass wir eins davon verlosen. Du willst es? Dann schreib eine Mail an hastuzeit@yahoo.de und es ist 3.. 2.. 1... Deins!

• www.213magazin.de

Im Wandel

60 Jahre Grundgesetz, 60 Jahre Kampf gegen den Terrorismus. Was hat sich verändert? Der weltgrößte Jurastudentenverbund ELSA veranstaltet vom 22. bis 25. Oktober ein/e Seminar/Tagung zum diesem Thema. Die Veranstaltung richtet sich an alle interessierten Studenten und Gäste, nicht nur an Juristen.

• www.elsa-halle.de

• Du bist Student und möchtest, dass Dein Projekt die nötige Aufmerksamkeit bekommt? Dann sende eine Mail an hastuzeit@yahoo.de und erklär uns kurz und knackig dein Projekt!

Wieder in Betrieb

»wegreisen – abreißen«, das Team von *kunstinbetrieb* lädt zur zweiten Ausstellung des Kooperationsprojekts der Studierenden der MLU und der Burg ein. Erneut wird die studentische Kunstausstellung u.a. in einer alten Fabrik in Halle vom 13. bis 18. Oktober stattfinden. Diesmal dabei: das European Film Forum *co-produced*.

• www.kunstinbetrieb.de

Noch mehr Post

Sehr geehrte Redaktion,

der Artikel »Die Akzeptanz der Abgrenzung« (Nr. 27, Anm. d. Red.), aber vor allem die Tatsache seines Abdrucks, haben mich mehr als irritiert; scheint mir doch dessen gesamte Argumentation und der aus ihr vom Autor abgeleitete Begriff von »Akzeptanz« mehr als fragwürdig. Zwar ist der Autor wohl um eine von ihm als »kritisch« intendierte Argumentation in einem toleranten Ton bemüht, doch lässt er sich letztlich zu Aussagen verleiten, die unreflektiert etablierte Klischees über »den« Homosexuellen reproduzieren.

• Ihr wollt auch davon den Rest lesen? Dann ab ins Netz: www.hastuzeit.de

Für Dich

Studenten für (H)alle ist ein Verein, dessen Ziel es ist, das Image der Stadt Halle zu verbessern, indem Studienanfänger für die Saalestadt begeistert und schnell in das Umfeld der Universität integriert werden. Der Verein beschäftigt sich mit historischen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sportlichen Themen der Stadt Halle. Die erste Führung im neuen Semester findet am Tag der Feierlichen Immatrikulation ab 13 Uhr statt.

• www.dee-j.de/SfH-www

Frischer Wind

Nach einem Generationenwechsel an der Spitze startet der hallische Photoclub *Conspectus*, in dem junge Fotografen das Sagen haben, motiviert ins neue Semester. Neben der Sonderausstellung »Conspectus – Retrospective«, die noch bis Ende des Jahres in der Harz-Mensa zu sehen ist, kannst Du bei uns einen von fünf *Conspectus*-Kalendern gewinnen. Wenn du studentische Szenen mal aus einem anderen Blickwinkel sehen möchtest, dann beil Dich und sende eine Mail an hastuzeit@yahoo.de

• www.conspectus.uni-halle.de

Andere Welt

Das *Kino.120a* ist das Studenten kino der Burg und zeigt dieses Jahr unter dem Thema »Anderwelten« Filme, die sich mit anderen Vorstellungen beschäftigen. Kultfilme, kleine Werke am Rande des großen Filmbusiness sowie aktuelle Ergebnisse des deutschen und internationalen jungen Films kommen auf die Leinwand. Auch eine Party wird es geben und einen Ersti-Film mit Freikarten für die Studienanfänger.

• www.kino120a.de/

Erstis aufgepasst

Die wichtigsten Termine im nächsten Monat:

- 15.10.: Feierliche Immatrikulation im Audimax, ab 09.00 Uhr
- 15.10.: Ersti-Party des Stura im Volkspark, ab 21.00 Uhr
- 27.10.: Tag des studentischen Engagements im Audimax
- 05.11.: NaWi-Ersti-Party am Weinberg, ab 20.00 Uhr

• Weitere Veranstaltungen unter: www.hastuzeit.de